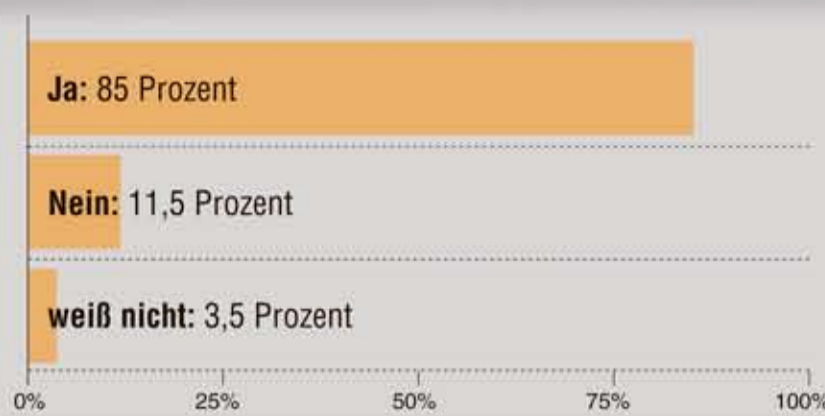
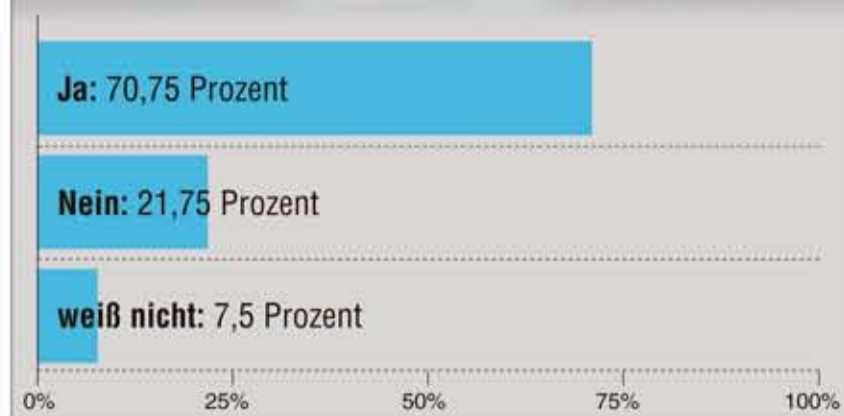




Sind Sie für den vierspurigen Weiterbau der B15 neu über die A92 hinaus Richtung Rosenheim?



Sind Sie für den Bau einer Westtangente, die ungefähr auf der Höhe des Landshut-Parks beginnt und an der B11 endet?



Klare Mehrheiten für B15 neu und Westtangente

„Landshut-Trend“: Bürger in vermeintlich umstrittenen Verkehrsprojekten weitgehend einig

Von wegen umstritten: Laut den Zahlen des repräsentativen „Landshut-Trends“, sind sich die Bürger in Sachen Westtangente und B15 neu erstaunlich einig. Beide Projekte stoßen bei den 400 Befragten auf breite Zustimmung. So sprechen sich 85 Prozent für einen vierspurigen Weiterbau der B15 neu über die A92 hinaus Richtung Rosenheim aus. Gerade einmal 11,5 Prozent lehnen das ab; 3,5 Prozent legten sich nicht fest.

Nicht ganz so überwältigend, aber immer noch eindeutig ist das Ja zu einer Westtangente. Die LZ ließ dabei eine „kleine“ Variante zur Diskussion stellen, die auf Höhe des Landshut-Parks beginnen, über die Isar geführt und an der B11 enden soll. Für diesen Vorschlag sprachen sich knapp 71 Prozent der Befragten aus, dagegen plädierten nur rund 22 Prozent. 7,5 Prozent der Befragten waren unentschieden. Bemerkenswert: B15 neu und Westtangente stoßen in sämtlichen Altersgruppen gleichermaßen auf Wohlwollen, auch bei Frauen und Männern gibt es in dieser Hinsicht keine nennenswerten Meinungsunterschiede.

Dass die Vorhaben so positiv bewertet werden, war insbesondere im Fall der Westtangente nicht zu erwarten. Schließlich hatten die Bürger erst im Herbst 2012, also vor nicht einmal vier Jahren, eben jenes Projekt mit knapper Mehrheit (53,9

Prozent) abgelehnt und Oberbürgermeister Hans Rampf (CSU) damit die politisch wohl bittersten Stunden seiner in wenigen Monaten endenden Amtszeit beschert.

Entsprechend groß war seine Freude, als die LZ ihn über das Resultat des „Landshut-Trends“ informierte. „Bombastisch“, entfuhr es Rampf. „Die Zahlen überraschen in dieser Eindeutigkeit. Denn Straßenprojekte werden von vielen Bürgern oft kritisch gesehen“, sagte er. Umso mehr wertete er die Ergebnisse der repräsentativen Umfrage als Bestätigung seiner Positionen. Zum Beispiel zum vierspurigen Weiterbau der B15 neu: „Diese Ostumfahrung ist für unsere Stadt geradezu lebensnotwendig“, sagte Rampf. Aber auch an der Westtangente führt für Rampf kein Weg vorbei. „Die Umfrage zeigt für mich, dass beim Bürgerentscheid vor vier Jahren viele Befürworter schlicht nicht abge-

stimmt haben.“ Ganz falsch dürfte Rampf mit dieser Einschätzung nicht liegen, denn die Wahlbeteiligung betrug damals nur magere 44 Prozent, ein Wert, bei dem auch gut

20 Prozent Skeptiker theoretisch eine Mehrheit zustandebringen, wenn sie denn geschlossen zur Urne schreiten. In der Sache bleibt Rampf ohnehin bei seiner bekannten Linie: „Ich bin weiter davon überzeugt, dass eine Westtangente zur Verkehrsentslastung nötig wäre.“ In den verbleibenden fünf Monaten als Rathauschef wird er dieses „heiße Eisen“ freilich nicht mehr anfassen: „Für mich als OB ist das Bürgervotum von 2012 bindend.“ Bei seinem Nachfolger dagegen sei das anders. „Der sollte am Thema Westtangente wegen des anhaltenden Wachstums der Region unbedingt dranbleiben.“

Wasser auf die Mühlen ist das Ergebnis des „Landshut-Trends“ für den im Wahlkreis Landshut direkt

gewählten CSU-Bundestagsabgeordneten Florian Oßner. Als Mitglied des Verkehrsausschusses kämpft er für den Weiterbau der B15 neu. Bisher mit Erfolg, denn im ersten Referentenentwurf des neuen Bundesverkehrswegeplans (BVWP) ist der Weiterbau der Straße im Vordringlichen Bedarf (VB) enthalten. Dass sich daran in der endgültigen Fassung noch etwas ändern wird, befürchtet Oßner trotz der neu in den VB aufgenommenen niederbayerischen Projekte B20 und A3 nicht. Dennoch kann eine breite Unterstützung durch die Bevölkerung nur von Vorteil sein. „Diese überwältigende Zustimmung der Befragten trifft unsere Linie und stärkt uns in Berlin den Rücken“, sagt der Abgeordnete.

Ganz überraschend kommen die Werte für ihn indes nicht. Denn: „Schon beim Konsultationsverfahren zum BVWP gab es nach meinen Informationen zur B15 neu überwiegend positive Rückmeldungen vonseiten der Bürger.“ Dass die Zustimmung in Landshut groß ist, sei nicht verwunderlich. „Die Stadt profitiert ja am stärksten von einer leistungsfähigen, vierspurigen Ost-Süd-Umfahrung.“ Einerseits, weil durch die Entlastungswirkung die Lebensqualität vieler Bürger steigen werde. „Andererseits auch in finanzieller Hinsicht, weil der Bund für die B15 neu die Bau- und Unterhaltskosten tragen wird.“ -jv-

In knapp drei Monaten wählt Landshut einen neuen OB. Wer ist der Favorit der Bürger und welche Themen muss er aus ihrer Sicht anpacken? Das und vieles mehr wollte die LZ wissen. In einer repräsentativen Umfrage wurden deshalb 400 Landshuter befragt. Bis Samstag präsentiert die LZ die Ergebnisse des „Landshut-Trends 2016“.

Das sagen die Kandidaten zu den Ergebnissen



Stefan Gruber

Eine Ostumfahrung der Stadt als Fortsetzung der B15 neu ist für Stefan Gruber grundsätzlich akzeptabel – allerdings nicht in vierspuriger Ausführung, unter anderem aus ökologischen

Gründen. „Eine Ost-Südumfahrung ist für mich vorstellbar, allerdings nur in einer zwei- oder dreispurigen Variante“, sagt der OB-Kandidat der Grünen. In Sachen Westtangente bringt der „Landshut-Trend“ Stefan Gruber nicht zum Umdenken. Er bleibt bei seinem Nein zu dieser Straße – und das aus folgendem Grund: Man müsse das Thema Mobilität in Landshut endlich komplex denken. „Landshut braucht zwar mehr Verkehrsentslastung, aber ich bin mir sicher, dass das mit einem Ausbau des ÖPNV und des Schienenangebots, etwa mit einer S-Bahn für Landshut, besser zu schaffen ist, als mit einer Westtangente.“ Zudem zweifelt Gruber daran, dass die Stadt in der Lage wäre, so eine Straße zu finanzieren.



Patricia Steinberger

„Ich stehe der B15 neu und der Westtangente positiv gegenüber. Insofern schließe ich mich da der Mehrheit der Befragten an“, sagt Patricia Steinberger. Die Oberbürgermeister-Kandidatin der SPD

ist nach eigenen Worten von der breiten Zustimmung für die beiden Projekte nicht überrascht: „Wer in Landshut regelmäßig mit dem Auto unterwegs ist, kann doch fast nicht anders darüber denken.“ Zumal sich die Verkehrssituation seit dem negativen Bürgerentscheid zur Westtangente vor vier Jahren „nochmals deutlich verschärft hat“. Bevor Steinberger als Oberbürgermeisterin die Westtangente in Angriff nehmen würde, müssten die Bürger freilich erneut über das Vorhaben abstimmen. „Eine Entscheidung allein durch den Stadtrat geht nicht. Man muss die Bürger bei solchen Projekten mitnehmen. Diesmal aber müssen die Befürworter dann auch zur Wahl gehen.“

Bekennender Befürworter beider Verkehrsprojekte ist FDP-Kandidat Alexander Putz. „Durch die Umfrage fühle ich mich in meiner Einschätzung bestätigt. Ich war von Anfang an für einen

Ringschluss um Landshut.“ Zu diesem gehöre nicht nur der Weiterbau der B15 neu in Form einer Ost-Süd-Umfahrung Landshuts, sondern auch eine Querspange weiter zur B11 und eine bis etwa Hachelstuhl verlängerte Westtangente. „So habe ich mich auch im Dialogforum zur Ost-Süd-Umfahrung geäußert und einen entsprechenden Vorschlag eingebracht“, sagt Putz. Mit dem Ringschluss wäre die Stadt seiner Meinung nach vom Durchgangsverkehr befreit; die Verkehrsprobleme der gesamten Region wären gelöst. „Und wenn wir diesen Ringschluss wirklich haben, könnten wir – ähnlich wie in München – den reinen Durchgangsverkehr des Schwerlastverkehrs aus unserer Stadt aussperren.“



Alexander Putz

„Die Lösung der Straßenverkehrsprobleme in Landshut ist seit langem das Thema Nummer eins für mich“, sagt Helmut Radlmeier (CSU). Der

„Landshut-Trend“ bestärke ihn darin. „Die Bürger wollen, dass die Stadt vom horrenden Durchgangs- und Schwerlastverkehr entlastet wird.“ Mit der Weiterführung der B15 neu wäre viel erreicht, aber diese Ost-Süd-Umfahrung allein reiche nicht. „Wir brauchen Entlastungsstraßen mit Isar-Überquerungen im Westen wie im Osten der Stadt.“ Radlmeier plädiert für ein Gesamtverkehrskonzept, „das den Straßenverkehr, den ÖPNV in Kooperation mit dem Landkreis, das Radwegenetz, Car-Sharing, E-Mobilität und Anrufsammeltaxis umfasst“. Er könne nicht verstehen, dass „gewisse Gruppierungen dringend notwendige Straßen geradezu verteuern“. Das sei ideologische Blockadepolitik zu Lasten der Menschen.



Helmut Radlmeier